



## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*60. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 5. März 2014,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss nahm folgende Berichte entgegen:

- **Bericht der Landesregierung über den Einschluss von Gefangenen aufgrund krankheitsbedingter Ausfallszeiten in den Justizvollzugsanstalten**  
Antrag des Abg. Wolfgang Dudda (PIRATEN) - [Umdruck 18/2485](#)
- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über rechtswidrige Dauer-Einschlüsse in den Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein**  
Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU) - [Umdruck 18/2495](#)
- **Bericht der Landesregierung über den Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“**  
Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN) - [Umdruck 18/2478](#)
- **Bericht der Landesregierung über den Stand der Prüfung einer Herabsetzung der Kappungsgrenze ([Drucksache 18/1049](#)) und eines Zweckentfremdungsverbots für Wohnraum ([Drucksache 18/899](#))**  
Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN) - [Umdruck 18/2478](#)

Hieran schlossen sich jeweils Aussprachen an.

Die Ausschussmitglieder nahmen einen **Bericht der Landesregierung über den aktuellen Umsetzungsstand verschiedener Projekte** im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesregierung, **Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1290](#), entgegen.

Der Ausschuss führte ein Gespräch mit Vertretern der kommunalen Landesverbände, des Innenministeriums und der Landeswahlleiterin zum Thema **Wahlsichtwerbung von politischen Parteien im öffentlichen Verkehrsraum**, [Umdruck 18/2341](#).

Er setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**, [Drucksache 18/1242](#), fort. Die weitere Beratung wurde vor dem Hintergrund noch bestehenden Beratungsbedarfs zurückgestellt.

Die Ausschussmitglieder schlossen ihre Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/994](#), mit dem einstimmigen Beschluss ab, gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss kein eigenes Votum abzugeben, sondern sich seinem Votum anzuschließen.

Der Tagesordnungspunkt, **Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen**, Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/599](#), wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss bat das Innenministerium, in einer seiner nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand zur **Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes**, [Drucksache 18/193](#), anknüpfend an seine Beratung vom 2. Oktober 2013, zu berichten.

Schluss: 17:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder